

VERTRAG ÜBER DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT AUF DEM GEBIET DES PATENTWESENS

PCT

INTERNATIONALER VORLÄUFIGER PRÜFUNGSBERICHT (Artikel 36 und Regel 70 PCT)

Aktenzeichen des Anmelders oder Anwalts P800067/WO/1	WEITERES VORGEHEN siehe Mitteilung über die Übersendung des internationalen vorläufigen Prüfungsberichts (Formblatt PCT/PEA/416)	
Internationales Aktenzeichen PCT/EP 03/13218	Internationales Anmeldedatum (Tag/Monat/Jahr) 25.11.2003	Prioritätsdatum (Tag/Monat/Jahr) 10.01.2003
Internationale Patentklassifikation (IPK) oder nationale Klassifikation und IPK E05B65/20		
Anmelder DAIMLERCHRYSLER AG		

1. Dieser internationale vorläufige Prüfungsbericht wurde von der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde erstellt und wird dem Anmelder gemäß Artikel 36 übermittelt.



2. Dieser BERICHT umfaßt insgesamt 6 Blätter einschließlich dieses Deckblatts.

- ☐ Außerdem liegen dem Bericht ANLAGEN bei; dabei handelt es sich um Blätter mit Beschreibungen, Ansprüchen und/oder Zeichnungen, die geändert wurden und diesem Bericht zugrunde liegen, und/oder Blätter mit vor dieser Behörde vorgenommenen Berichtigungen (siehe Regel 70.16 und Abschnitt 607 der Verwaltungsrichtlinien zum PCT).

Diese Anlagen umfassen insgesamt Blätter.

3. Dieser Bericht enthält Angaben zu folgenden Punkten:

- I ☒ Grundlage des Bescheids
- II ☐ Priorität
- III ☐ Keine Erstellung eines Gutachtens über Neuheit, erfinderische Tätigkeit und gewerbliche Anwendbarkeit
- IV ☐ Mangelnde Einheitlichkeit der Erfindung
- V ☒ Begründete Feststellung nach Regel 66.2 a)ii) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung
- VI ☐ Bestimmte angeführte Unterlagen
- VII ☐ Bestimmte Mängel der internationalen Anmeldung
- VIII ☐ Bestimmte Bemerkungen zur internationalen Anmeldung

Datum der Einreichung des Antrags 29.07.2004	Datum der Fertigstellung dieses Berichts 20.04.2005
Name und Postanschrift der mit der internationalen Prüfung beauftragten Behörde  Europäisches Patentamt - P.B. 5818 Patentlaan 2 NL-2280 HV Rijswijk - Pays Bas Tel. +31 70 340 - 2040 Tx: 31 651 epo nl Fax: +31 70 340 - 3016	Bevollmächtigter Bediensteter Buron, E Tel. +31 70 340-4420 

I. Grundlage des Berichts

1. Hinsichtlich der **Bestandteile** der internationalen Anmeldung (*Ersatzblätter, die dem Anmeldeamt auf eine Aufforderung nach Artikel 14 hin vorgelegt wurden, gelten im Rahmen dieses Berichts als "ursprünglich eingereicht" und sind ihm nicht beigelegt, weil sie keine Änderungen enthalten (Regeln 70.16 und 70.17)*):

Beschreibung, Seiten

1-6 in der ursprünglich eingereichten Fassung

Ansprüche, Nr.

1-7 in der ursprünglich eingereichten Fassung

Zeichnungen, Blätter

1/1 in der ursprünglich eingereichten Fassung

2. Hinsichtlich der **Sprache**: Alle vorstehend genannten Bestandteile standen der Behörde in der Sprache, in der die internationale Anmeldung eingereicht worden ist, zur Verfügung oder wurden in dieser eingereicht, sofern unter diesem Punkt nichts anderes angegeben ist.

Die Bestandteile standen der Behörde in der Sprache: zur Verfügung bzw. wurden in dieser Sprache eingereicht; dabei handelt es sich um:

- ☐ die Sprache der Übersetzung, die für die Zwecke der internationalen Recherche eingereicht worden ist (nach Regel 23.1(b)).
- ☐ die Veröffentlichungssprache der internationalen Anmeldung (nach Regel 48.3(b)).
- ☐ die Sprache der Übersetzung, die für die Zwecke der internationalen vorläufigen Prüfung eingereicht worden ist (nach Regel 55.2 und/oder 55.3).

3. Hinsichtlich der in der internationalen Anmeldung offenbarten **Nucleotid- und/oder Aminosäuresequenz** ist die internationale vorläufige Prüfung auf der Grundlage des Sequenzprotokolls durchgeführt worden, das:

- ☐ in der internationalen Anmeldung in schriftlicher Form enthalten ist.
- ☐ zusammen mit der internationalen Anmeldung in computerlesbarer Form eingereicht worden ist.
- ☐ bei der Behörde nachträglich in schriftlicher Form eingereicht worden ist.
- ☐ bei der Behörde nachträglich in computerlesbarer Form eingereicht worden ist.
- ☐ Die Erklärung, daß das nachträglich eingereichte schriftliche Sequenzprotokoll nicht über den Offenbarungsgehalt der internationalen Anmeldung im Anmeldezeitpunkt hinausgeht, wurde vorgelegt.
- ☐ Die Erklärung, daß die in computerlesbarer Form erfassten Informationen dem schriftlichen Sequenzprotokoll entsprechen, wurde vorgelegt.

4. Aufgrund der Änderungen sind folgende Unterlagen fortgefallen:

- ☐ Beschreibung, Seiten:
- ☐ Ansprüche, Nr.:
- ☐ Zeichnungen, Blatt:

5. ☐ Dieser Bericht ist ohne Berücksichtigung (von einigen) der Änderungen erstellt worden, da diese aus den angegebenen Gründen nach Auffassung der Behörde über den Offenbarungsgehalt in der ursprünglich eingereichten Fassung hinausgehen (Regel 70.2(c)).

(Auf Ersatzblätter, die solche Änderungen enthalten, ist unter Punkt 1 hinzuweisen; sie sind diesem Bericht beizufügen.)

6. Etwaige zusätzliche Bemerkungen:

V. Begründete Feststellung nach Artikel 35(2) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung

- | | |
|--------------------------------|--|
| 1. Feststellung | |
| Neuheit (N) | Ja: Ansprüche 1-7
Nein: Ansprüche |
| Erfinderische Tätigkeit (IS) | Ja: Ansprüche
Nein: Ansprüche 1-7 |
| Gewerbliche Anwendbarkeit (IA) | Ja: Ansprüche: 1-7
Nein: Ansprüche: |

2. Unterlagen und Erklärungen:

siehe Beiblatt

Zu Punkt V

Begründete Feststellung hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung

Es wird auf das folgende Dokument verwiesen:

D1: EP-A-1 235 190 (KIEKERT AG) 28. August 2002 (2002-08-28)

1. Artikel 6 PCT

Die Anmeldung erfüllt nicht die Erfordernisse des Artikels 6 PCT, weil der Anspruch 1 nicht klar ist. Es gibt keine beanspruchte technische Beziehung zwischen dem Entriegelungssensor und dem Identifikationssensor. Es ist nicht klar, wie die Entriegelung der Fahrzeugsür passiert.

Insbesondere geht aus der Beschreibung klar hervor, dass die Tür nur bei einem positiven Ergebnis der Identifikationscodeabfrage entriegelt wird, obwohl im Anspruch 1 die Entriegelung nur durch die Betätigung des Entriegelungssensors durchgeführt wird.

Die Rolle des Identifikationssensors bei dem Entriegelungsvorgang ist unklar. Wie beansprucht, hat Anspruch 1 eine Aneinanderreihung von bekannten Merkmalen (ein Entriegelungssensor und ein Identifikationssensor sind allgemein bekannt) ohne erkennbare gegenseitige Beeinflussung zum Gegenstand.

Dieser Mangel an Klarheit führt dazu, dass der Gegenstand des Anspruchs 1, aufgrund der vorliegenden Formulierung, nicht als erfinderisch angesehen werden kann (Artikel 33(3) PCT), da er lediglich eine Kombination von bekannten Merkmalen ohne funktionelle Wechselwirkung beschreibt.

Der Anmelder wird daher gebeten, Anspruch 1 umzuformulieren, um die logische Beziehung zwischen dem Entriegelungssensor und dem Identifikationssensor im Anspruch 1 herauszustellen.

2. Artikel 33(3) PCT

Sollte der Anspruch wie in Absatz 1 beschrieben klargestellt werden, schiene er trotzdem nicht auf einer erfinderischen Tätigkeit im Sinne von Artikel 33(3) PCT zu beruhen, so daß die Erfordernisse des Artikels 33(1) PCT nicht erfüllt wären.

Das Dokument D1 wird als nächstliegender Stand der Technik gegenüber dem Gegenstand des Anspruchs 1 angesehen. Es offenbart eine Vorrichtung zum Ver- und Entriegeln einer Fahrzeugtür mit einem an ihrer Aussenseite befestigten Türgriff (siehe z. B. Figur 4), wobei die Fahrzeugtür durch ein elektronisches Zugangsberechtigungssystem gesichert ist und wobei am türseitigen Innenbereich des Türgriffs ein Sensor angeordnet ist (siehe Figur 4, Bezugszeichen 3a), mit welchem bei einer Annäherung einer Hand eine Identifikationscodeabfrage durch das Zugangsberechtigungssystem startbar ist und mit welchem zusätzlich das Türschloss elektrisch geöffnet wird (das heisst, die Tür entriegelt wird), wenn im Anschluss an die Annäherung der Hand diese den Sensor streicht (siehe Absatz [0040]). Der Sensor des D1 führt daher zwei zeitlich getrennte unterschiedliche Funktionen durch.

Der Gegenstand des Anspruchs 1 unterscheidet sich von der Lehre des Dokuments D1 dadurch, dass zwei verschiedenen Sensoren verwendet werden, um die zwei Funktionen des Sensors von D1 durchzuführen, nämlich das Starten der Identifikationscodeabfrage und die Entriegelung der Tür.

Ausgehend von D1 würde der Fachmann die Benützung von zwei Sensoren als eine naheliegende konstruktive Alternative betrachten, um die zwei Funktionen durchzuführen. Abhängiger Anspruch 6 bestätigt, dass die zwei Funktionalitäten in einem oder zwei Sensoren naheliegende Alternativen sind.

Der Gegenstand des Anspruchs 1 beruht daher nicht auf einer erfinderischen Tätigkeit (Artikel 33(3) PCT).

3. Abhängige Ansprüche

Die Merkmale der abhängigen Ansprüche sind aus anderen im Recherchenbericht genannten Dokumenten bekannt oder nahegelegt und der Fachmann würde diese Merkmale mit ihren bekannten Vorteilen, den Umständen entsprechend, mit der

Erfassungsvorrichtung des Dokuments D1 anwenden, um die gestellte Aufgabe zu lösen.

Deshalb beruht der Gegenstand der abhängigen Ansprüche nicht auf einer erfinderischen Tätigkeit (Artikel 33(3) PCT).
